# Umwelt. Soziales. Frieden. Neoliberalismus als Krieg gegen Mensch und Natur und die Alternative einer Ökologisch-humanen Wirtschaftsdemokratie

Referat Egbert Scheunemann November 2019

Zwischenfragen sind erlaubt – aber nur nach dem Referat ... 😉

Die drei mehr und mehr konvergierenden "Schlachtfelder" des Neoliberalismus: 1. Soziales, 2. Natur,
3. internationaler Konkurrenzkampf bis hin zum Krieg

### 1. Soziales:

- In zeithistorischer Perspektive war (und ist) der Neoliberalismus als entfesselter Kapitalismus der Versuch der kapitalorientierten Kräfte in Ökonomie, Politik, Medien und Wirtschaftswissenschaften, die sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften des "sozialdemokratischen Zeitalters" der westlichen Nachkriegsdemokratien zu schleifen zugunsten einer Steigerung der Profite und der Kapitalherrschaft insgesamt (wichtigste neoliberale Politikprojekte: Thatcherismus ab 1979, Reaganomics ab 1981, Agenda 2010 ab 1998).
- Die **Programmatik des Neoliberalismus** in Stichworten: Senkung der Lohnquote und der sogenannten Lohnnebenkosten; Ausbau des

Niedriglohnsektors; Senkung des Rentenniveaus und anderer Sozialleistungen; Senkung der Staatsquote, also "Verschlankung" des Staates vor allem in Form von Personalabbau im öffentlichen Dienst; Abbau der Staatsschulden; möglichst weitgehende Abschaffung aller Staatsinterventionen in die Ökonomie (Konjunkturpolitik etc.); Privatisierung ehemals staatlich organisierter Daseinsvorsorge (Gesundheitssektor, teilweise Rentensystem, sozialer Wohnungsbau, Rundfunk etc.); Privatisierung von Staatsbetrieben (Post, Lufthansa, Bahn etc.); Zurückdrängung der Gewerkschaften; Senkung der Unternehmens-, Gewinn- und Einkommenssteuern; Entfesselung der internationalen Kapitalbewegung und der Finanzmärkte (Freihandelsabkommen, Erleichterung von Firmenbeteiligungen etc.), aber auch der Arbeitsmärkte (Arbeitsmigration: Import billiger, williger, aber auch hoch qualifizierter Arbeitskräfte), um die Konkurrenz zwischen den Arbeitskräften zu erhöhen und die Lohnentwicklung zu deckeln.

- Die Politik des Neoliberalismus fand mehr oder minder in allen westlichen kapitalistischen Industriestaaten statt. In Reinform und nahezu unter Laborbedingungen wurde sie seit 2010 in Griechenland exekutiert – mit verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen.<sup>1</sup>
- Seit einigen Jahren, speziell nach der internationalen Finanzmarktkrise 2008 ff., entwickelten sich aber auch progressive politische und soziale Gegenbewegungen: Deutschland, ehemals einer der Obereinpeitscher des Neoliberalismus, reagierte auf die Krise 2008 ff. mit klassischer Nachfragepolitik: Abwrackprämie, Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, Lohn- und Rentensteigerungen etc. Viele Protestbewegungen wandten und wenden sich gegen Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA sowie gegen die soziale Deklassierung (die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer) im eigenen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Vgl.: www.egbert-scheunemann.de/Griechenland-Privatisierung-RLS-Scheunemann-KORRIGIERT.pdf

- Land und weltweit: Gelbwestenbewegung (teilweise), 15-M/Podemos, Occupy, Attac, wiedererstarkter Gewerkschaftsprotest etc.
- Folge der vielen ökonomischen und sozialen Verwerfungen, zu denen vier Jahrzehnte Neoliberalismus geführt haben, sind aber auch reaktionäre Gegenbewegungen als 1. sozialer Protest (Pegida, Gelbwesten (teilweise), Tea Party etc.) oder 2. als politische Reaktion in Form nationalistisch-protektionistischer Abschottung (z. B. Trumps Grenzpolitik und seine Handels- und Zollpolitik gegen China und die EU; der Brexit; die EU-Abschottung gegen Wirtschaftsmigration etc.) und 3. in Form des allgemeinen Erstarkens rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien (AfD, Front/Rassemblement National, Lega Nord, FPÖ, Fidesz, Schwedendemokraten etc.). Das heißt: Viele der von der neoliberalen Globalisierung Enttäuschten und Deklassierten reagieren also reaktionär – und suchen Zuflucht bei atavistischen

vormodernen Ideologien und Politikkonzepten: Nationalismus, Ethnozentrismus, Rassismus, konservative Werte, Religion, Antisemitismus etc.

### 2. Natur:

• Der Kapitalismus betrieb schon immer Raubbau an der Natur. Die Ausbreitung des Kapitalismus über den gesamten Globus nach 1991 (Zusammenbruch der UdSSR und des gesamten realsozialistischen Systems) und die neoliberale Entfesselung des Turbokapitalismus haben zu einer immer intensiveren Ausbeutung (Rohstoffextrahierung) und Malträtierung der Natur als Abwärme-, Abfall-, Müll- und Giftsenke geführt. Stichworte: Aufheizung der Atmosphäre durch die Verbrennung fossiler Energieträger und den Ausstoß von klimarelevanten Gasen bzw. Stoffen (CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub>, Stickoxyde, Feinstaub etc.) mit der Folge des Anstiegs des Meeresspiegels und der Zahl extremer Wetterlagen; Rodung der Tropenwälder; Artensterben; Verschmutzung der Weltmeere; Überfischung; Überweidung etc. Die gesamte Erdkruste (mehr und mehr auch unter den Meeren) wird inzwischen durchwühlt auf der Suche nach Seltenen Erden (etwa für die

- elektronische Industrie), nach Lithium (für Akkumulatoren), nach letzten Tropfen Erdöl (Fracking).
- Dieser Raubbau an der Natur führt mehr und mehr auch zu einem Raubbau am Sozialen. Stichworte: Anwachsen der Zahl der Umweltflüchtlinge, die von ihren verdorrten Äckern, ihren leergefischten Küstengewässern oder ihren Wohnorten am Meer fliehen, weil sie vom Anstieg des Meeresspiegels und immer häufigeren extremen Unwettern (Hurricanes, Überschwemmungen etc.) bedroht sind; Anstieg der Zahl von Menschen, die vor Rohstoffkriegen fliehen oder die aus ihren Wohnorten und Lebenswelten vertrieben werden aufgrund der Landnahme durch Agrarkonzerne, Großgrundbesitzer oder Bergbaubetriebe; Anstieg der Zahl der Kriegsflüchtlinge aus Ländern, in denen Diktaturen herrschen, die gegeneinander Krieg führen – von den westlichen kapitalistischen Industrieländern geduldet oder gar gefördert, um den "freien Welthandel" und den Zufluss

- von Rohstoffen und Energieträgern vom Süden in den Norden zu garantieren.
- Auch gegen den Raubbau an der Natur haben sich schon früh Protestbewegungen und Naturschutzorganisationen gebildet: etwa die Ökologiebewegung, die in den 1970er-Jahren zur Gründung der Partei "Die Grünen" geführt hat, oder Organisationen wie BUND, NABU, Greenpeace, Robin Wood u. v. a. mehr. Aufgrund ihrer umfassenden, globalen, nie dagewesenen Bedrohungsdimension hat sich die absehbare Klimakatastrophe in den letzten Jahren zu dem Kristallisationspunkt globaler Proteste (Fridays for Future etc.) wie auch wissenschaftlicher Expertise und Politikberatung (IPCC, Weltklimakonferenzen etc.) entwickelt. Hierzu später noch mehr.

## 3. Internationaler Konkurrenzkampf bis hin zum Krieg:

- Zu beobachten ist also eine wachsende Konvergenz verschiedener Konflikt- und Kriegsursachen zu einer globalen Bedrohung.
- Zu den "klassischen" Konflikt- und Kriegsursachen (Raubzüge aus Bereicherungsgier; nationalistischer, völkischer Größenwahn; Großmanns- und Ruhmessucht autokratischer Herrscher; imperialistische Machtexpansion; kolonialistische Ausbeutung; religiöse Totalitätsansprüche usw.)
- gesellen sich mehr und mehr neue Konflikt- und Kriegsursachen, die aus dem neoliberal-kapitalistischen Raubbau 1. am Sozialen, 2. an der Natur und 3. wiederum am Sozialen infolge des Raubbaus an der Natur resultieren: Handelskonflikte; Konflikte aufgrund ökonomisch erzwungener Migration vom armen Süden in den reichen Norden; Ressourcenkonflikte (um Energieträger, mineralische Roh-

stoffe, Wasser, Fischereirechte etc.); Konflikte aufgrund von kriegsbedingten Migrationsströmen; Konflikte, die aus dem Wachstum der Zahl der Umweltflüchtlinge resultieren etc.

# II. Das Versagen der Politik

- Trotz 1. aller Bedrohungen (durch extreme Wetterlagen, Umwelt- und Ressourcenkonflikte samt folgenden Flüchtlingsströmen), trotz 2. aller wissenschaftlichen Expertise und Warnungen (IPCC-Berichte, UN-Umweltkonferenzen etc.) und trotz 3. aller globalen Proteste gegen die Umweltzerstörung und die drohende Klimakatastrophe politisch geschieht nichts oder viel zu wenig oder auch das Falsche.
- Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (2000) war Deutschland lange Zeit einer der Vorreiter in Richtung einer ökologischen Energiewende (2016 war die Stromproduktion aus erneuerbaren Energieträgern erstmals größer als die aus fossilen Energieträgern). Mit der letzten EEG-Novelle (2017) und dem jüngsten "Klimapaket" gibt die Bundesregierung aber zu verstehen, dass sie die Brisanz und Dimension der drohenden Klimakatastrophe nicht begriffen hat – oder aber begriffen hat, aber mal wieder vor Kapitalinteressen eingeknickt ist.

• Das zentrale Instrument des "Klimapakets" zu Bepreisung und Verteuerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ist der **Emissionsrechtehandel** via **Umweltzertifikate**. Es gilt (aufgrund des Börsenhandels mit den Zertifikaten) als marktwirtschaftliches Instrument – ist aber in Wahrheit ein bürokratisches Monster: Es erfordert ein aufwendiges Vergabesystem, ein Handelssystem und vor allem ein umfassendes Kontrollsystem: Hunderttausende von CO<sub>2</sub>-Emittenten müssen kontrolliert werden, ob sie wirklich nur so viel CO<sub>2</sub> emittiert haben, wie ihnen durch zugeteilte oder erworbene Zertifikate auch zusteht.

Was wäre hingegen zu tun?

# III. Mögliche Alternativen im gegebenen System: der sozial ausgeglichene Weg zu einer vollständigen Sonnenenergiewirtschaft

Der technisch-ökonomische Aufwand, zu einer vollständigen Sonnenenergiewirtschaft zu gelangen, ist gigantisch, und der Weg dorthin wird einige Zeit beanspruchen – aber ihn umgehend und zielgerichtet zu beschreiten, kann nur mit wenigen **Federstrichen**, in **Gesetzesform** gegossen, initiiert werden:

"Die vorhandenen Steuern auf fossile Energieträger und auch die noch einzuführenden Steuern auf fossile Energieträger, die bislang noch nicht besteuert wurden (Kerosin etc.), steigen ab sofort um 10 Prozent jährlich (zunächst begrenzt auf 10 Jahre, um danach zu evaluieren und, je nach Ergebnis, nachzujustieren). Die entsprechenden Steuereinnahmen sind zu verwenden für die Förderung der Nutzung regenerativer Energien, des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs sowie für den sozialen Ausgleich, also die finanzielle Unterstützung von Personen mit geringen Arbeits- oder Sozialeinkommen."<sup>1</sup>

Ich behaupte, dass sich die Politik nach der Erlassung eines solchen Gesetzes (in Deutschland, perspektivisch der EU und irgendwann weltweit) zurücklehnen und Däumchen drehen kann – und analog alle Teilnehmer der bisherigen und geplanten zukünftigen UN-Klimakonferenzen, die komplett überflüssig werden würden. Warum? Das im Folgenden zu diskutieren, herauszuarbeiten und zu erkennen wird bestimmt eine ganz spannende Sache!

Vorab aber noch ein kurzer Hinweis.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Vgl. www.egbert-scheunemann.de/Nachtrag-Der-Weg-aus-der-Klimakatastrophe-Scheunemann.pdf

# IV. Die Alternative, die über das gegebene System hinausweist: das Modell einer Ökologisch-humanen Wirtschaftsdemokratie

Man lese folgenden Artikel: "Ota Šiks Modell einer Humanen Wirtschaftsdemokratie auf fünf Seiten"<sup>1</sup>

### Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> www.egbert-scheunemann.de/Ota-Siks-Humane-Wirtschaftsdemokratie-auf-5-Seiten.pdf Und wer es etwas **ausführlicher** haben will, vor allem in Sachen **Ökologisierung**:

Egbert Scheunemann: Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie. Teil A: Rekonstruktion und Kritik der politisch-ökonomischen Theorieentwicklung bei Ota Šik, Teil B: Rekonstruktion und Kritik der sozialwissenschaftlichen Diskussion um Ota Šiks Modell einer humanen Wirtschaftsdemokratie, Lit Verlag Münster/Hamburg/London 1990, 2. Auflage 1996, ISBN: 3-88660-721-6, 504 Seiten.

Egbert Scheunemann: Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie. Teil C: Ökologische Kritik am Industrialismus und sozialökologische Alternativen, Lit Verlag Münster/Hamburg/London 1995, ISBN: 3-8258-2612-0, 831 Seiten.